

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 15

Artikel: Und jetzt Reformen? : Polen nach dem 9. Parteikongress
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094471>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen nach dem 9. Parteikongress

Und jetzt Reformen?

Auf dem polnischen Parteikongress fand die Erneuerung vornehmlich auf personellem Gebiet statt. Indessen wurden keine Weichen neu gestellt; Ueberholung der Geleise verboten. Man suchte weder die Sowjetunion noch das polnische Volk zu provozieren; die gehabte Problematik ist weiter zu haben.

Neu war die schon vorher bekannte Regelung, dass die Delegierten das Zentralkomitee in geheimer Wahl bestellen. Der «neue und einzigartige Vorgang» ist im Westen stark beachtet worden, schon weil er vom Osten hingenommen wurde. Ein Schritt zur Parteidemokratie. Wobei diese freilich — bestenfalls — demokratische Formen für eine Minderheit bedeutet, die ohne demokratische Legitimierung die Führung beansprucht.

Eine andere Abweichung vom obligaten Modell: Der Kongress war nicht als Siegesparade aufgezogen. Freilich hätte dazu auch kein Anlass bestanden. Die Versorgung der Bevölkerung ist auf einem Tiefpunkt angelangt; selbst in den Kriegsjahren war es besser gewesen. Damals war die Wirtschaft auf dem Nullpunkt, heute ist sie darunter. Milliarden schulden, Lebensmittelkrise. Nachdem man 36 Jahre lang den Sozialismus aufgebaut hat.

Die Abgeschäumten

Die offenkundige Pleite macht auch die personelle Erneuerung der Parteiführung wenigstens teilweise zu einem Wiederholungsfall.

Man hat wie immer nach unverfügbaren Rückschlägen (1956, 1970) Sündenböcke geopfert. Frühere Chefs von Partei und Regierung, Edward Gierek und Edward Babiuch, sind aus der Partei ausgeschlossen worden; dem Ex-Ministerpräsidenten Piotr Jaroszewicz droht eine Strafverfolgung.

Aber die Partei selbst hält trotz ihres Versagens an ihrer Macht und an ihren Privilegien fest. Eine westanerkannte Unabänderlichkeit aus geopolitischen Gründen. Wenn das polnische Volk die erkannten Unabänderlichkeiten auch aner-

kennt hätte, würde es heute keine freien Gewerkschaften haben.

Die Partei hat sich von einigen verbrauchten und unfähigen Genossen getrennt.

In die obersten PVAP-Gremien nicht wiedergewählt wurden z. B. Mieczyslaw Jagielski, der eigentliche Parteiverantwortliche für die Landwirtschaft und ihre Krise, und Tadeusz Fiszbach, der 1. Parteisekretär von Danzig, der im August 1980 den Einsatz von Armee und Polizei gefordert hatte. Beide wurden in der westlichen Presse als «Reformer» und «Liberale» gefeiert. Abgewählt wurden ferner Mieczyslaw Moczar (der antisemitische Einheber von 1968) und Tadeusz Grabski, der im Juni auf sowjetische Anregung gegen Kania hatte putschen wollen.

Aber es gibt auch die Gebliebenen und die Neuen.

Taube Nuss mit SD-Kern?

Mehrere der «wichtigsten Männer», die vom Kongress gewählt worden sind, haben Gemeinsamkeiten sicherheitsdienstlicher Art.

— Miroslaw Milewski hat in jungen Jahren als kleiner Schnüffler für den Geheimdienst angefangen und brachte es bis zum Leiter der SD-Abteilung im ZK (diesen Posten hatte übrigens auch der heutige Parteichef Kania bekleidet).

— Jozef Cyrek, Aussenminister und Leiter der ZK-Abteilung für Aussenpolitische Beziehungen, gehörte zu den führenden Kräften der Auslandsaufklärung. Unter anderem war er im Range eines Majors bei der Militärmission in Westberlin tätig.

— Jerzy Olszowski leitet im ZK die Sektion für Presse, Publikationen und Ideologie. Seit seiner Tätigkeit in Prag als Delegierter Polens in der

Weltjugendorganisation gehört er zu den engen Vertrauten des sowjetischen KGB.

— Albin Siwak verkauft sich zwar als «Bauarbeiter», ist aber in Wirklichkeit ein langjähriger Apparatschik, Funktionär der alten Branchengewerkschaft. Seine Parteikarriere hat er 1968 in den Reihen der Schläger von General Moczar begonnen. Er ist dumm, und er hat gute Beziehungen zur Warschauer KGB-Residentur: Man sagt ihm eine glänzende Zukunft voraus.

Hoffnungen ganz gegenteilig

Das sind auch die Leute, auf die Moskau jetzt seine Hoffnungen setzen muss, das Machtmonopol der Partei wiederherzustellen.

Zwar hält die UdSSR in Polen die Verbindungswege, Munitionsdepots usw. unter Kontrolle, aber nicht die Menschen. Die 35 einsatzbereiten Sowjetdivisionen können die 35 Millionen Polen nicht beherrschen, auch wenn sie das Land unterwerfen. So will Moskau anscheinend einstweilen lieber auf Kollaborateure bauen, in der Hoffnung, dass sie diesmal taugen.

Hoffnungen auf die neue Parteiführung setzt auch das polnische Volk, nur in die entgegengesetzte Richtung. Die Polen wollen mehr Lebensmittel, mehr Bedarfsgüter und mehr Entwicklungsmöglichkeiten. Sie wollen weniger Terror, weniger Rechtlosigkeit und weniger Unterdrückung der Andersdenkenden.

Die ökonomische Misere geht leider weiter. Wohl sind die Ernteaussichten besser als im Vorjahr, doch schönes Wetter reicht nicht aus, um die Wirtschaft zu sanieren. Es fehlt an landwirtschaftlichen Maschinen, an Dünger und Futter. Und sogar Sensen, Sichel und andere einfache Geräte sind nur noch gegen Devisen zu haben.

Die Partei rühmt sich, «Polen zur Industriena-tion» gemacht zu haben. Bloss hatte weder die Landwirtschaft noch die konsumhungrige Bevölkerung etwas davon. Viele Industriebetriebe sind exportorientierte Enklaven, die der Rüstung des Warschauer Paktes dienen und nicht dem Bevölkerungsbedarf. Was es an Konsumgüterindustrie gibt, ist auf Plankennziffern ausgerichtet und nicht auf Kundenwünsche. Die Wirtschaftsstrukturen bilden kein Ganzes; Angebot und Nachfrage laufen aneinander vorbei.

Volkswirtschaft als Alternative zur Planwirtschaft

Auf dieser Situation beruht die Wirtschaftskrise. Der Ruf nach Reformen ist laut. Die sozialistische Planwirtschaft hat die Produktion lahmgelegt. Man muss sie so ankurbeln, dass sie sich dem Bedarf der Bevölkerung anpasst und nicht umkehrt.

Dass die neue Parteiführung das jetzt endlich einsieht, ist zu bezweifeln. Bis jetzt hat die Partei allen Reformen widerstanden und jede Initiative abgewürgt, die von unten kam. Aktiv sind die Genossen hingegen in der Suche nach Krediten, um «Hungersnot» und sowjetische Intervention zu verhindern. Aber wenn man die Stillung des Hungers selber sabotiert. . .

Noch 1972 hatte die polnische Aussenhandelsbilanz einen Ueberschuss an Agrarexporten in der Höhe von 250 Millionen Dollar. Doch die Parteiführung wollte die Landwirtschaft kollektivierungsreif machen. Die Privatbauern wurden zu



Maueraufschriften auf dem Werftplatz in Danzig: «Freiheit allen Politischen!» (Gefangenen) und «Fort mit dem Terror und der Ungerechtigkeit!»



«Ich habe dir aufgeschrieben, was du kaufen sollst! Nämlich: «Alles, was es zu kaufen gibt.» («Express Wieczorny», Warschau)

diesem systemgerechten Zweck immer schlechter mit Gerätschaft, Dünger und Futter beliefert. Willkürliche Enteignungen, Schikanen bei der Übernahme von Bauernhöfen durch die junge Generation etc. kamen hinzu. Jetzt hat man die Folgen.

Es braucht eine neue Agrarpolitik. Die Bauern sind immerhin nicht mehr so wehrlos wie früher. Sie haben die parteiunabhängige «Land-Solidarität».

Die Hoffnung auf die neue Parteiführung besteht nicht zuletzt darin, dass man nicht darauf angewiesen ist, auf sie *allein* zu hoffen. Die Gegenkräfte der freien Gewerkschaften von Bauern und Arbeitern sind da. Vielleicht erzwingen sie eine menschlichere Wirtschaftspolitik. Und das heisst freilich: eine weniger sozialistische.

ddm

Die Sowjetunion heizt neuerdings die (chinesische) Ujghuren-Frage wieder auf

Xinjiang abtrennen?

Eine neue sowjetische Zeitschrift erhebt die Forderung, es sei ein «freier und unabhängiger Ujghurischer Staat» zu bilden. Sollten die Ujghuren in der Sowjetunion etwa plötzlich die Unabhängigkeit erlangen? Nein, gemeint sind natürlich die andern Ujghuren drüben in China. Sie leben (mit andern Turkvölkern) im autonomen Gebiet Xinjiang Uygur (Sinkiang Ujgur), dem chinesischen Nordwesten. Das Begehren läuft also auf eine Aberkennung der chinesischen Territorialrechte heraus.

Woher kommt die plötzliche Herausforderung? Man glaubte den Streit um die Ujghuren bereits vergessen, ein Relikt aus den mittleren sechziger Jahren, als Territorialfragen in der sino-sowjetischen Polemik gross herausgestellt wurden. Damals sprachen die Chinesen von den Gebieten, die sie zur Kaiserzeit als Folge der «Ungerechten Verträge» an die russischen Zaren verloren hätten, und die Sowjets konterten mit dem Ruf nach Befreiung des chinesisch unterjochten Xinjiang, das sie Ostturkestan nannten (und nennen). Danach schienen beide Seiten die Explosivität von territorialen Infragestellungen erkannt zu haben; die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking verlagerten sich auf andere Motive.

Was veranlasst die Sowjetunion, die Ujghuren-Polemik heute wieder anzuhetzen? Peter Sager geht dieser Frage nach.

Eine kleine und wenig bekannte Minderheit in der Sowjetunion sind die Ujghuren. Sie zählen bloss 211 000 Seelen (1979) und bewohnen Gebiete im Südosten von Kasachstan. Sie sind ein kleiner Teil der 45 bis 50 Millionen Mohammedaner der Sowjetunion und ethnisch mit den über 5 Millionen Ujghuren der benachbarten chinesischen Provinz Xinjiang (Sinkiang) ver-

wandt. Aus zwei Gründen fällt ihnen daher ein wachsendes Interesse der sowjetischen Führung zu.

Moskaus Haltung gegenüber den eigenen Mohammedanern ist zwiespältig. Einerseits sind staatliche Propaganda, Recht und Erziehung darauf ausgerichtet, den religiösen Glauben zu entmutigen. So wird auch der Islam als ein abergläubisches Ueberbleibsel bezeichnet, der mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbar sei. Der Islam ist zudem ein Element des asiatischen Nationalismus, den Moskau gerne durch einen breiter angelegten sowjetischen Nationalismus abgelöst sähe.

Faktor Islam

Andererseits ist der Islam auch ein bedeutender Faktor in der sowjetischen Aussenpolitik, sowohl im Nahen als auch im Fernen Osten. Im Bestreben, gute Beziehungen zu islamischen Staaten zu unterhalten, versucht die sowjetische Führung mit grossen Anstrengungen, das Ausland davon zu überzeugen, dass islamische Kultur und Institutionen in der Sowjetunion blühen.

Das neue Interesse an den Ujghuren ergibt sich aus dieser Absicht. Aber gleichzeitig sollen sie auch als Figuren im Schachspiel gegen China

Xinjiang (Sinkiang), der «Grosse Nordwesten» Chinas, ist ein vulnerables Gebiet.

Es hat knapp so viele Einwohner wie die Schweiz und ist annähernd 40 mal so gross. Bewohnt wird es hauptsächlich von Turkvölkern, die verschiedentlich gegen die chinesische Zentralherrschaft aufbegehrt haben. 1962 war es, hauptsächlich bei Ili, zu grösseren Unruhen gekommen. Tausende flüchteten in die UdSSR, welche die Flüchtlinge zum Teil in Militärlagern unterbrachte und für allfällige Interventionszwecke gegen Xinjiang («Ostturkestan») in sowjetischer Lesart) ausbildete. Nach dem Tod von Maozedong hat sich die Lage in Xinjiang wieder beruhigt, was den Sowjets nicht passt.

